

„Hilfe zur Selbsthilfe“ im Marktgemeinderat

Von Matthias Boeck



Die Sitzungen des MGR- Wolnzach werden, schreibt die Wolnzacher Presse, immer länger. Sie haben jetzt die Viereinhalb-Stunden-Grenze erreicht. Das ist bitter, denn einige Marktgemeinderäte vermissen dabei die notwendige und bisher fehlende Bierpause. Und die Wolnzacher Presse vergisst die Hintergründe dieser Entwicklung.

Die über Jahre an der Pleite und der Untätigkeit entlang schlurfende Marktentwicklung des Wirtschaftsreferenten Karl Straub, kann wegen des seit Jahren vom Bürgermeister vortragenen Verdachtes auf hoffentlich noch auffindbare und geheime Unterlagen aus Brüssel heute sogar die Getränke für den MGR und die Gäste nicht mehr finanzieren. Deshalb steht im MGR jetzt wieder einmal die CSU-propagierte Begrenzung der Sitzungszeit an, was sogar bei der SPD schlecht ankommt. Und deshalb musste vorbereitend dazu auch die mittlerweile politisch von der CSU völlig erlegte FWG erhalten, um mit einem weiteren Maulkorberlass den versteckten CSU-Antrag auf „Hilfe zur Selbsthilfe“ bei der Reduzierung der Sitzungsprotokolle zur nunmehr angeordneten Beschluss-Worthülse vorzutragen.

Beim Ausbau des Gewerbebetriebes Hochstatt-Ost klang das dazu vom Bürgermeister vorgetragene, zum „Beschlussprotokoll“ verkürzte Vorhaben: „Umwandlung von Grünland in Gewerbe mit anschließender Metamorphose zum Mischgebiet zur Beherbergung von Flüchtlingen und Boardingpeople“ durch die Markt-gemeinde und zwei ehrenwerten Besitzern dann letztlich auch in der Marktgemeinderatssitzung so:

Pos. 5) Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich Hochstatt- Ost in Wolnzach im vereinfachten Verfahren nach § 13 Bau GB; hier: Aufstellung

Pos.6) Bebauungsplan Nr.141 für das Gebiet Hochstatt –Ost in Wolnzach; hier: Aufstellung eines Bebauungsplanes gem§30 Abs. 1 Bau BG

Und weil jeder sowieso gleich versteht, was damit gemeint ist, konnte die dazu vom Bürgermeister überraschend geladene Architektin zwar auf Nachfrage noch feststellen, dass in dem nunmehrigen „Vorhaben zur Hilfe für die Selbsthilfe“ in Summe mit der Gemeindeplanung knapp 300 Flüchtlinge und Boardingpeople wohnen sollen. Jedoch die Größe der sich verwandelnden Gewerbebauten

waren ihr völlig unbekannt. Wozu auch: Die Grundversorgung ist durch die Mensa am Gymnasium und die Zusatzversorgung durch den Fußweg zu den Supermärkten des Marktes gegeben; außer: Der beteiligte politische Teil des Autohauses verleiht im Sinne „Der Hilfe zur Selbsthilfe“ jedem ein Auto und der wirtschaftspolitisch aktive Bauherr aus Wolnzach plant die „gewerbliche Erweiterung“ doch noch zu einer attraktiven und sozialen Parkgarage mit entsprechender unbekannter Geschossflächenzahl um.

Aber genau das sollte ja sowieso im Marktgemeinderat keiner wissen. Denn Wolnzach braucht nach Aussagen des Bürgermeisters weder einen dämlichen Plan der FDP-UW-BGW zur „Hilfe für die Selbsthilfe von Flüchtlingen“ noch so ein abartiges Stadtentwicklungskonzept der SPD. Sondern eben eine aktive Begrenzung der Sitzungszeit und eine absolute Reduzierung des Protokolls auf das, was der CSU Wolnzach gefällt:

„Die richtige Hilfe zur Selbsthilfe“

- diese soll gefälligst nur keiner so richtig begreifen.



Bei einem Bierseminar am Vorabend des FDP-Parteitags konnte man unterschiedlichste Biersorten verkosten. Biersommelier Johanna Röhrich (links) stellte ausführlich die unterschiedlichen Brauverfahren und Geschmacksnoten vor. Foto: Wolfgang Seemann

Impressum:

Herausgeber:
Gesko-Kommunikationssysteme GmbH, Wolnzach
v. i. S. d. P.: Thomas Stockmaier
Hopfenstr. 28-30, 85283 Wolnzach
www.marktinfor-wolnzach.de

Redaktion:
Wolfgang M. Seemann
Redaktionsbüro Freising
www.wseemann.de

Nachdruck und elektronische Publikation nur mit Genehmigung der Redaktion!

Redaktions- und Anzeigenschluss der Ausgabe Nr. 14 ist am Mittwoch, 9. Dezember 2015, 12.00 Uhr.



liberal • unabhängig • bürgerlich

Nachrichten für die Marktgemeinde Wolnzach

– an alle Haushalte –

Nr. 13 – November 2015

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

Editorial:
„Flüchtlingstrecks durch die Wolnzacher Ortsmitte?“
Seite 2

Flüchtlinge:
CSU/FWG ohne jegliches Konzept
Seite 2

Aus dem Marktgemeinderat
Seite 2

Friedhofserweiterung:
An der Hopfenstraße kommt ein weiter Supermarkt hinzu
Seite 2

FDP-Parteitag:
„Faire Verteilungsschlüssel in der EU statt Kleinstaaterei!“
Seite 3

Klartext:
„Hilfe zur Selbsthilfe im Marktgemeinderat“
Seite 4

Bierseminar für die oberbayerische FDP
Impressum
Seite 4

Marktgemeinderat xxl:

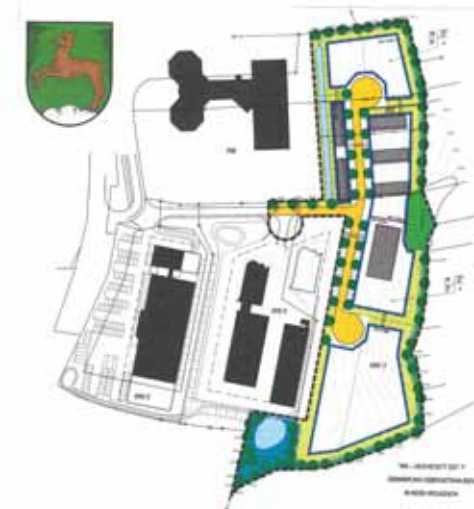
„Heiße Luft“ sorgt für überhitzte Gemüter

Von Wolfgang M. Seemann

Mehr als vier Stunden dauerte die jüngste Marktgemeinderatssitzung. Da reichte es freilich nicht, dass sich die CSU wie üblich an der FDP-UW-BW aufreißt. Diesmal schossen sich der Bürgermeister und die CSU-Marktgemeinderäte auch auf die beiden SPD-Räte Marianne Strobel und Werner Hammerschmid ein.

Weder auf die Kritik der SPD-Fraktion, an dem Plan der Gemeinde im Gewerbegebiet Hochstatt-Ost eine Flüchtlingsunterkunft zu errichten (siehe Bericht S. 2), mochte die CSU eingehen, obwohl dort jedwede Infrastruktur wie beispielsweise ein Supermarkt fehlt. Noch mochten die CSU-Marktgemeinderäte an einer von der SPD gewünschten Besichtigungsfahrt zu bestehenden Bodenpflastern teilnehmen. Diese Fahrt wolle die SPD nun alleine vornehmen, kündigte Werner Hammerschmid (SPD) leicht frustriert an.

beitsvermittlung für Asylanten als „heiße Luft“ abqualifizierte. Vehement wehrte sich Werner Hammerschmid gegen derartige diffamierende Entgleisungen aus den Reihen der CSU-Fraktion. Obwohl Bürgermeister Jens Machold (CSU) hier schlichtend einzugreifen versuchte, zeigte auch er im gleichen Atemzug keinerlei Interesse an den SPD-Anträgen. Denn auch den Antrag Strobls, Asylbewerber für Sauberkeitsmaßnahmen im öffentlichen Raum heranzuziehen, würgte Machold kategorisch ab.



Hochstatt-Ost: Vom einstigen Grünland erst zum Gewerbegebiet und nun die Wandlung zum Mischgebiet!

Den SPD-Marktgemeinderäten erging es diesmal ähnlich, wie es die Kollegen der FDP-UW-BGW längst gewohnt sind. Denn auch die Kritik Matthias Böcks an der Umwandlung des Gewerbegebietes Hochstatt-Ost in ein Mischgebiet und der damit in Zusammenhang stehenden unausgegorenen Planungen für die dortige Wohnbebauung mit einem Boardinghaus und einer Asylunterkunft (S. Klartext S.4) schenkte der Bürgermeister keinerlei Interesse.

Stattdessen entschied sich die CSU dafür, dass sich an der Hopfenstraße zu den dort

Zum Eklat kam es, als CSU-Gemeinderat Ferdinand Schmidpeter, den SPD-Antrag auf Einsetzung einer Fachkraft zur Ar-

bereits vorhandenen vier Supermärkten nun noch ein weiterer, fünfter Supermarkt ansiedeln kann (siehe S. 2).

Editorial:

Flüchtlingstrecks durch die Wolnzacher Ortsmitte?

Liebe Wolnzacherinnen und Wolnzacher,

wer sich in Wolnzach mit Lebensmittel versorgen will, kommt nicht drum herum, sich in die Hopfenstraße zu begeben. Denn dort (nur dort!) haben heute schon vier Supermärkte ihr Domizil. Zu *Aldi*, *Penny*, *Netto* und *Edeka* soll sich zu allem Überfluss nun auch noch ein *Rewe*-Markt hinzugesellen (siehe Beitrag unten). Was ist das für eine Ortsplanung? Diese Entscheidung ist alle andere als bürgernah. Und sie verursacht überdies unnötigen Verkehr. Denn wer in Wolnzachs Ortsmitte oder anderen Wohngebieten lebt, findet zur eigenen Versorgung mit dem Lebensnotwendigen im wohnungsnahen Umfeld keinerlei Infrastruktur.

Man kann sich schon jetzt ausmalen, dass sich künftig wohl auch kleine Flüchtlingstrecks mitten durch den Ort bewegen werden. Denn dort, wo die neue Asylunterkunft der Gemeinde entstehen soll, im Gewerbegebiet Hochstatt-Ost finden die Flüchtlinge für Ihre Versorgung absolut nichts. Die Hoffnung, dass sich etwa noch in Jebertshausen ein Discounter niederlassen könnte, kann man mit der Entscheidung für den *Rewe*-Markt gleich direkt nebenan bei der erhofften Friedhofserweiterung begraben. Denn bei künftig fünf vorhandenen Supermarktketten an einem Ort wird sich gewiss kein weiterer Discounter darauf einlassen, sein Tagesgeschäft selbst davon abzuschneiden, wo das Gros des Kaufgeschäftes stattfindet.

Ungeachtet kritischer Stimmen der Opposition, wie der von Dr. Peter Rech (FDP-UW-BGW) oder Marinne Strobl (SPD), die o. g. Problematik im Marktgemeinderat in die Diskussion einzubringen versuchten, setzt die CSU die traurige Politik einer von ihr völlig verkorksten Ortsentwicklung weiter fort.

Auch uns bleibt leider nichts anderes übrig, als dies in unserem *Marktinfo* zu dokumentieren. Eine erbauliche Lektüre dessen wünscht Ihnen

Ihr Chefredakteur

Wolfgang Seemann

Wegen der Friedhofserweiterung:

Sondergebiet ermöglicht einen weiteren Supermarkt an der Hopfenstraße

Von Wolfgang M. Seemann

Die Lage ist zwar noch nicht akut, aber es ist absehbar, dass der gemeindliche Friedhof eines Tages für die Aufnahme neuer Gräber zu klein sein wird. Für eine Friedhofserweiterung aber fehlt der Marktgemeinde der Grund und Boden. Der direkte Nachbar hätte die einzig dafür in Frage kommenden Flächen, wolle sie aber nicht verkaufen, so Bürgermeister Jens Machhold.

Wie Machhold weiter berichtete, habe er mit dem Grundstückseigner nun einen Deal ausgehandelt. Denn der Nachbar plane auf einem Teil seines Grundes, einen Supermarkt anzusiedeln. Wenn die Marktgemeinde nun dieses Vorhaben durch die Ausweisung des Grundstückes

als Sondergebiet ermöglichen, könne man im Flächennutzungs- und Bebauungsplan zugleich die restliche Fläche entsprechend für die Friedhofserweiterung ausweisen.

Dieser oberflächlich betrachtet zunächst akzeptabel anmutende Deal hat empfindliche Schönheitsfehler. Denn verkaufen wolle der Grundstücksbesitzer die von der Marktgemeinde benötigten Flächen auch dann keineswegs. Die Marktgemeinde bekäme den benötigten Grund lediglich im Erbpachtverfahren zugestanden. Eine Kröte, die insbesondere den Marktgemeinderäten von FDP-UW-BGW und SPD so gar nicht recht schmecken mochte!

Aus dem Marktgemeinderat

Die TV-Kamerabefahrung des Wolnzacher Kanalnetzes wird teurer als geplant. Laut dem Planungsbüro WipflerPlan seien starke Verschmutzungen der Kanalisationsleitungen die Hauptursache dafür. Statt der ursprünglich veranschlagten 672.000 Euro werde die Maßnahme laut der Prognose von WipflerPlan um rund 186.000 Euro teurer.

Für das Gebiet zwischen Preysingstraße und Auenstraße hat der Marktgemeinderat die Veränderungssperre verlängert. Dies soll die bestehende Planung für das Kongress- und Seniorenzentrum absichern.

Auf Antrag von Marktgemeinderat Matthias Böck (FDP-UW-BGW) muss die Niederschrift der letzten Gemeinderatssitzung in einem Punkt geändert werden. Dort war zu Karl Straubs (CSU) Prüfantrag zu unser Berichtserstattung unser *Marktinfo* fälschlicherweise als „Parteiorgan“ bezeichnet worden. Straub selbst bestätigte, unser Blatt ein „Satiremagazin“ genannt zu haben. Böcks Frage aber, ob und was denn dieser Prüfauftrag ergeben habe, beantwortete Bürgermeister Jens Machhold bislang nicht. *wms*

Überdies: Bereits jetzt sind an der Hopfenstraße vier Supermärkte vorhanden. Ein fünfter Supermarkt macht aus planerischer Sicht keinen Sinn. „Wollen wir uns nicht die Möglichkeit erhalten, dass sich an anderer Stelle im Ort noch ein Supermarkt ansiedeln kann?“, fragte Dr. Peter Rech (FDP-UW-BGW).

Auch Warnungen der Opposition wegen der zu erwartenden neuerlichen Verkehrsströme verhallten ungehört. Die Mehrheit von CSU, FWG, Grüne hatte längst entschieden und stimmte der 17. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes Nr. 142 im Parallelverfahren für das Gebiet Hopfenstraße zu (gegen fünf Stimmen).



„Faire Verteilungsschlüssel in der EU statt Kleinstaaterei!“ Asylpolitik und Bildung zentrale Themen beim FDP-Bezirksparteitag

Von Wolfgang M. Seemann

Am 25. Oktober fand der diesjährige Bezirksparteitag der FDP Oberbayern im Hotel Hallertau in Wolnzach statt. Zentrale Themen waren die Asylpolitik und die Bildung. In seiner Abschlusserklärung sagte der Bezirksvorsitzende: „Wir als Freie Demokraten haben uns ganz klar für eine gemeinsame europäische Asylpolitik mit fairen Verteilungsschlüsseln und gegen die Kleinstaaterei ausgesprochen. Das katastrophale Krisenmanagement von Lothar de Maizière muss ein Ende finden!“



Josef Postel, stellvertretender Kreisvorsitzender der FDP im Landkreis Pfaffenhofen konnte lokale Mandatsträger der FDP ebenso begrüßen, wie prominente Gäste, wie unter anderem auch Pfaffenhofens Landrat Martin Wolf.



Prominenz: Martin Zeil und Sabine Leutheuser-Schnarrenberger im Gedankenaustausch mit Thomas Stockmaier.



Kontrovers in der Diskussion aber entschlossen bei den entscheidenden Fragen der Politik zeigte sich die oberbayerische FDP bei ihrem Parteitag in Wolnzach.. Fotos(4): Wolfgang Seemann

Ebenfalls ein klares Nein gab es zur Zwangsvermietung von Privateigentum. Der Staat müsse endlich seiner Aufgabe gerecht werden und dürfe die Arbeit nicht allein den zahlreichen Ehrenamtlichen überlassen, so Schulz.

Im Bereich der Bildungspolitik dürfe trotz der finanziellen Herausforderungen, die die Flüchtlingskrise mit sich bringe, keinesfalls gespart werden. Denn nicht zuletzt sei für eine erfolgreiche Integration Bildung das A und O. Deshalb fordern die Liberalen zwei Fachlehrer pro Klasse, bilingualen Unterricht von

Beginn an und die Abschaffung vom Staatsexamen für Lehrer zu Gunsten eines Bachelor und Masterstudium, erklärte Britta Hundergügel, stellvertretende Vorsitzende für Programmatik der FDP Oberbayern.

Weitere Beschlüsse des FDP-Parteitages gab es zur Auftraggeberhaftung nach Mindestlohngesetz (MiLoG), zur Aufhebung des Arbeitsverbots an Sonn- und Feiertagen und zu einem geforderten Paradigmenwechsel in der Außen-, Sicherheits-, Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik.



Auch Pfaffenhofens Landrat Martin Wolf (rechts) zeigte sich interessiert an Präsentationen des Unternehmer-Foyers, das die Wolnzacher FDP anlässlich des FDP-Bezirksparteitages organisiert hatte.